

Andrea Röpke

# **2018 Jahrbuch rechte Gewalt**

**Chronik des Hasses**

Hintergründe, Analysen und  
die Ereignisse 2017

**KNAUR** 

Die Jahreschronik wurde zusammengestellt  
von Sebastian Heidelberger

Redaktionsschluss:

1. November 2017

**Besuchen Sie uns im Internet:**

[www.knaur.de](http://www.knaur.de)



Originalausgabe Januar 2018

Knaur Taschenbuch

© 2018 Knaur Verlag

Ein Imprint der Verlagsgruppe Droemer Knaur GmbH & Co. KG, München

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise – nur mit  
Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Redaktion: Nadine Lipp

Covergestaltung: Büro Jorge Schmidt

Satz: Adobe InDesign im Verlag

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-426-78913-1

5 4 3 2 1

# Inhalt

Einleitung .....	7
<i>Chronik Oktober 2016</i> .....	25
Die »Neue Rechte«, die »Identitäre Bewegung« und das Motto »Gewalt herrscht« .....	39
<i>Chronik November 2016</i> .....	68
»... diese dreckigen Kanaken wegsprengen.« Der Wehrhahn-Prozess .....	77
<i>Chronik Dezember 2016</i> .....	95
Feindbild Presse. Enthemmte Jagd auf Journalisten .....	105
<i>Chronik Januar 2017</i> .....	121
Juristische Aufarbeitung rechter Straftaten .....	130
<i>Chronik Februar 2017</i> .....	151
»Reichsbürger« – zu lange unbeachtet .....	158
<i>Chronik März 2017</i> .....	184

Der Traum von einem sicheren Leben .....	192
<i>Chronik April 2017</i> .....	210
Einsatz im Innern: Geheime rechte Zirkel bei Polizei und Bundeswehr .....	221
<i>Chronik Mai 2017</i> .....	242
Der Kampf der weißen Brüder. Wie gewaltbereite rechte Mischszenen expandieren .....	256
<i>Chronik Juni 2017</i> .....	280
Rechtsrock, Ideologie und Gewalt. Wie Mega-Konzerte Identität stiften, radikalisieren und vernetzen .....	288
<i>Chronik Juli 2017</i> .....	309
Anschläge und Terror. Rechte Gewalt in den westlichen Ländern .....	317
<i>Chronik August 2017</i> .....	340
Dokumentation des Terrors. Ehrenamtliche Helfer protokollieren Prozesse und Untersuchungsausschüsse ...	346
<i>Chronik September 2017</i> .....	361
Dank .....	369
Argumentationshilfen .....	371
Quellen .....	373

# Einleitung

**I**m Jahr 2017 sind es nicht mehr die Bilder von lichterloh brennenden Flüchtlingseinrichtungen und einem wütenden Mob auf den Straßen, die den Hass in Deutschland symbolisieren. Im Jahr 2017 machen rechte Verschwörerkreise mitten in der Gesellschaft von sich reden.

Staatsdiener sollen Anschläge und Attentate geplant haben, lauten die Meldungen. Geheime Zellen von Bundeswehroffizieren und Polizisten horten für den Fall eines Umsturzes Waffen und Munition. In kurzen zeitlichen Abständen enttarnt das Bundeskriminalamt 2017 die Gruppe um Oberleutnant Franco A. aus Offenbach sowie die »Nordkreuz«-Chatgruppe aus Mecklenburg-Vorpommern, zu der ein Rechtsanwalt, Reserveoffiziere und Polizisten zählen. Akteure beider konspirativer Zellen sind miteinander verbunden. Dass es weitere ähnliche Gruppierungen geben könnte, ist wahrscheinlich.

Im Dezember 2016 wurde Nino K. auf einer Baustelle in Dresden verhaftet. Die sächsische Generalstaatsanwaltschaft wirft ihm vor, Ende September einen selbst gebauten Sprengsatz vor die Wohnungstür des Imams in der Fatih-Camii-Moschee im Dresdener Stadtteil Cotta gelegt zu haben. Die Familie blieb unverletzt. Anschließend zündete ein weiterer Sprengsatz auf dem Congresszentrum. Dort sollte am 3. Oktober zu Ehren des Tags der deutschen Einheit ein Empfang des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck stattfinden. Der 31-jährige mutmaßliche Täter trat im Juli 2015 bei Pegida auf.

»Reichsbürger« sind seit 2016 für den Tod eines Polizisten

und mehrerer Verletzter verantwortlich. 15 000 dieser politischen Verschwörungstheoretiker soll es inzwischen geben, doch erst im Dezember 2016, also zwei Monate nach den tödlichen Schüssen eines »Reichsbürgers« in Bayern, stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz sie als staatsfeindliche Bewegung ein. Die Warnung kommt spät und halbherzig. Denn der Inlandsgeheimdienst sieht nur einen Bruchteil der »Reichsbürger« als rechtsextrem an. Dass es sich dabei um eine politische Verharmlosung handelt, zeigt ein Hintergrundartikel in diesem »Jahrbuch« eindrücklich auf.

Die Ämter des Verfassungsschutzes versagten bereits im Hinblick auf die Verbrechen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) rigoros. Doch auch der Umgang mit vermeintlich unpolitischen Hooligans scheint skandalös. Gruppen wie die »Faust des Ostens« aus Dresden, Standarte Bremen oder Inferno Cottbus verbreiteten nicht nur in den Fankurven Angst, sondern auch im vorpolitischen Raum. Weitestgehend unbeachtet konnten sich Neonazis mit dynamischen und gewaltaffinen Subkulturen wie Hooligans, Teilen des Kampfsports bis hin ins kriminelle Spektrum der Rockerszene vermischen. Brotherhood, La Familia oder Riot waren bisher Begriffe, die nicht mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht wurden. Die Milieus aber verbünden sich, rekrutieren Nachwuchs und werden zu einer unberechenbaren politischen Größe, wie sich bereits beim Aufmarsch von über 5000 Anhängern 2014 in Köln zeigte. Kampfbereitschaft, Maskulinität und Nationalismus stellen Bindeglieder dar. Neonazis rekrutieren Hooligans, diese wiederum bilden Neonazis im Kampfsport aus. Rockergangs bieten Männern mit nationalistischer Ideologie eine Heimat. Frühzeitige Aufklärung und Prävention im Hinblick auf diese Phänomene ist insbesondere bei Jugendlichen überfällig.

211-mal wurden Flüchtlingsunterkünfte in den ersten neun Monaten des Jahres 2017 angegriffen, meistens von Neonazis.

Im Vorjahr waren es 921 Attacken auf Heime und ihre Bewohner, die registriert wurden. 93 Prozent der Taten waren rechtsradikal motiviert. Der Trend ist rückläufig, weil es weniger Einrichtungen gibt und kaum noch neue bezogen werden. Doch Ressentiments, Ablehnung und Übergriffe gegen Migranten und Geflüchtete reißen in Deutschland nicht ab. Entwarnung kann nicht gegeben werden, im Gegenteil, die Hintergrundanalysen und -berichte dieses »Jahrbuchs« zeigen, warum. Ein Schwerpunkt dieses Buches liegt darin, die Drahtzieher, Strategen und Profiteure des Hasses zu enttarnen. »Es reicht nicht, die Symptome rassistischer Gewalt zu bekämpfen, solange nicht die Ursachen innerhalb der Gesellschaft bekämpft werden«, warnt der Soziologe Matthias Quent, Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena. Noch immer geschehen durchschnittlich fünf rechte Gewalttaten pro Tag. Das gesellschaftliche Klima ist vergiftet. »Das Gefährliche ist die zunehmende Akzeptanz rassistischen Gedankenguts über das rechte Spektrum hinaus«, warnt der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt.

Die Explosion rassistischer Gewalt um die Jahre 2015 und 2016 ist im Nachhinein betrachtet weniger spontan verlaufen als zunächst angenommen. Sie war vor allem dort stark zu verorten, wo Neonazis und Rechte sich verankert hatten. Szene-Profis, darunter zahlreiche Frauen, mischten sich unter bürgerliche Antiasylinitiativen und heizten die Stimmung mit an. Soziale Unruhe wurde auch im Netz geschürt.

Die autoritäre Revolte findet in der Mitte der Gesellschaft statt, warnen Experten wie Andreas Speit und Volker Weiß. Mit einem von der »Neuen Rechten« inszenierten »Kulturkampf« geht nicht nur die Ablehnung moderner und liberaler Werte einher, sondern auch Gewalt. Gewalt und »Wehrhaftigkeit« gelten nicht nur als grundlegende Bestandteile neonazistischer Ideolo-

gie, sondern spielen auch bei Organisationen wie der »Identitären Bewegung« eine Rolle. Aggressive Eskalation von rechts findet dort statt, wo Protagonisten versuchen, gesellschaftliche Räume zu erobern. Wichtiges Sprachrohr des Hasses wurde ab 2014 Pegida, deren Ableger sowie Hunderte von Antiasylinitiativen. Sie profitierten vom Zulauf aus den Communitys von Spätaussiedlern, Waffenlobbyisten, Burschenschaften, völkischen Kreisen oder christlichen Fundamentalisten.

Nutznieß der gesellschaftlichen Rechtsrucks ist in Deutschland die Partei Alternative für Deutschland (AfD). Ihr gelang in wenigen Jahren der Einzug in 14 von 16 Landesparlamenten und schließlich 2017 auch in den Bundestag. Ein breit aufgestelltes Zusammenwirken zwischen Teilen von Pegida, Antiasylinitiativen, »Identitärer Bewegung«, Islamhassern, Szene-Medien, »Neuer Rechten« und anderer Gruppen im außerparlamentarischen Spektrum ermöglichte es der AfD, mit Hass und rassistischer Gewalt nicht unmittelbar in Verbindung gebracht zu werden. Inzwischen verstecken sich Rassisten und völkische Nationalisten in der AfD nicht mehr. Nach der erfolgreichen Bundestagswahl im Oktober 2017 wird im eigenen Stall ausgekehrt: Politische Schwächlinge und Wendehälse weichen vor der harten Linie des innerparteilichen Machtzentrums um Alexander Gauland und anderen. Kritiker des extremen Höcke-Flügels werden kaltgestellt. Die AfD lässt endgültig die Maske fallen.

Rassismus gewinnt weltweit an Boden, er hat das Potenzial, gesellschaftlichen Unfrieden massiv zu erhöhen. Auch wenn der 2016 ins US-amerikanische Präsidentenamt gewählte Donald Trump nahezu infantil sagt: »Rassismus ist böse« – die Politik seiner Regierung ist rassistisch. Terrorgefahr rechtfertigt keinesfalls die Abwertung von Menschen. Pseudowissenschaftliche Vorstellungen von »Rasse«, verbal verschleiert als »Volks-

körper« oder »fremdes Genmaterial«, ziehen gefährliche politische Schlussfolgerungen wie den gesellschaftlichen Ausschluss bestimmter Menschengruppen nach sich. Es wäre ein wichtiges Signal demokratischer Politik, den Begriff »Rasse« aus Artikel 3 des Grundgesetzes zu streichen. Das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert, alle die Gesetze umzuformulieren, in denen auf die »Rasse« von Menschen Bezug genommen wird. Allerdings ist zur Änderung des Grundgesetzes eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat erforderlich. Klare Kante gegen Rassismus zeichnet sich durch solche und ähnliche Initiativen aus.

Trump ist ein Meister kalkulierter Tabubrüche. Europäische Rechtspopulisten beherrschen diese Strategie ebenfalls bestens. Teile der AfD betreiben eine völkisch-nationalistische Diskurserweiterung und gesellschaftliche Entgrenzung bis hin zur brachialen Gewalt. Im »Jahrbuch rechte Gewalt« sollen Parallelen dieser gefährlichen internationalen Entwicklung anhand von Beispielen deutlich werden. Wessen Geistes Kinder auch in der AfD zu finden sind, zeigen nicht zuletzt geheime Chatprotokolle des damaligen mecklenburg-vorpommerischen Landtagsabgeordneten Holger Arppe, die im Herbst 2017 publik wurden. Im August 2015 schrieb der Rostocker Stadtrat Arppe an Parteikollegen: »Wir müssen ganz friedlich und überlegt vorgehen, uns ggf. anpassen und dem Gegner Honig ums Maul schmieren aber wenn wir endlich soweit sind, dann stellen wir sie alle an die Wand. (...) Grube ausheben, alle rein und Löschkalk oben drauf«, er ergänzt: »Da muss man einfach ausrasten und erstmal das ganze rotgrüne Geschmeiß aufs Schafott schicken. Und dann das Fallbeil hoch und runter, dass die Schwarte kracht!«

Sechs Millionen Wähler votierten für die AfD, im Bundesland Sachsen, aber auch in einigen Kommunen schaffte sie es, stärkste Kraft zu werden. Eines der reichsten Länder der Erde mit knapp über 80 Millionen Einwohnern hat sich wegen

890 000 Geflohener in Rage und Gewalt treiben lassen. Was passiert in Deutschland, wenn die Wirtschaft nicht mehr boomt, wenn wirklich eine Krise droht? »Das Zuwanderungsland Deutschland ist verkommen zu einem Land, in dem Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit größte Zustimmung erhält«, schreibt Michael Lühmann vom Göttinger Institut für Demokratieforschung. Schonungslos nutzen Intolerante die Toleranz einer liberalen Gesellschaft aus. Dabei empfahl schon der berühmte Schriftsteller Umberto Eco: »Um tolerant zu sein, muss man die Grenzen dessen, was nicht tolerierbar ist, festlegen.«

Das Verstörende an rechter Gewalt ist die Banalität, mit der sie jederzeit und überall auftreten kann. Der Zustand einer Gesellschaft spiegelt sich wider, wenn sie auch dort stattfindet, wo ansonsten friedliche Dialoge und Gespräche ausgetauscht werden. 2017 war es die Frankfurter Buchmesse. Am 13. Oktober wurde der 74-jährige Musikverleger Achim Bergmann am Buchstand der Wochenzeitung *Junge Freiheit* niedergeschlagen, weil er Kritik an den Rechten geäußert hatte. Der Inhaber des aus der Protestbewegung der 1960- und 1970er-Jahre gegründeten Musiklabels Trikont hörte über Lautsprecher im Vorübergehen, wie der Chefredakteur der *Jungen Freiheit* das neue Buch »Kulturbruch 68 – Die linke Revolte und ihre Folgen« von Karlheinz Weißmann, einem der Vordenker der »Neuen Rechten«, vorstellte. Die politische 1968er-Generation und ihre Zeit der Aufklärung zählen zu den ideologischen Hauptangriffszielen des antiliberalen, reaktionären Kulturkampfes der Rechten.

Bergmann, der die Zeit aktiv miterlebt hatte, reagierte auf Weißmanns Behauptung: »Intoleranz, übrigens auch eine Folge von 68« mit dem lauten Einwurf: »Du redest Scheiße.« Daraufhin setzte sich ein Mann aus dem Zuhörerraum der *Jungen Freiheit* in Bewegung und schlug Bergmann mit einem Boxhieb ins Gesicht. »Das war ein Profi«, sagt der Verleger, der ein Schädel-

Hirn-Trauma erlitten hatte, später in einem Video auf Youtube. Keiner der rund 30 Zuschauer habe reagiert, sagt Achim Bergmann, das sei das Schlimmste gewesen. »Der war so selbstsicher, dass man es kaum fassen konnte.«

Martin Sellner, Sprecher der »Identitären Bewegung«, betont bei seiner Rede am dritten Jahrestag von Pegida in Dresden 2017: »... bevor sie das Volk ausgetauscht haben, werden wir unsere Politiker austauschen, das verspreche ich Ihnen. Wir holen uns zurück, was uns gehört. Stück für Stück, Haus für Haus. Buchmesse für Buchmesse.«

Mit Blick auf die Meinungsfreiheit hatte der Börsenverein des deutschen Buchhandels, als Veranstalter der Frankfurter Buchmesse, Anmeldungen neurechter und völkisch-nationalistischer Publikationen und Verlage zugelassen. Einen Tag nach dem Angriff in Frankfurt protestierten Antifaschisten bei einer angekündigten Veranstaltung des Verlags Antaios von Götz Kubitschek gegen den Auftritt des völkischen AfD-Politikers Björn Höcke. Antaios gilt als »Hausverlag« der extrem rechten »Identitären Bewegung«, Höcke ist ein Freund von Kubitschek. Es folgten Schubereien und Beleidigungen zwischen den Kontrahenten. Die geplante Lesung zweier führender Aktivisten der »Identitären Bewegung« wurde abgesagt.

Aus Protest, auch gegen den nächtlichen Diebstahl von Büchern eines rechten Verlages, veröffentlicht die Dresdener Buchhändlerin Susanne Dagen kurz darauf die »Charta 2017«. Darin beklagt sie die Aufforderung des Börsenvereins zur »aktiven Auseinandersetzung« mit den Veranstaltungen rechter bis extrem rechter Verlage auf der Buchmesse. Die Charta unterzeichnen prominente Autoren wie Jörg Friedrich, Matthias Matussek, Cora Stephan und Uwe Tellkamp. Susanne Dagen, vielfach geehrt, gab vor einigen Monaten in den Medien an, mit Pegida zu sympathisieren. Den Verantwortlichen der Buchmesse wirft sie vor, sich zu stark gegen »Andersdenkende« positioniert

zu haben. Sie sieht »unsere Gesellschaft nicht mehr weit von einer Gesinnungsdiktatur entfernt«. Außer Acht bleibt, dass genau diese »Andersdenkenden« es waren, die bereits Tage zuvor auf der Frankfurter Buchmesse permanent provozierten, die Stimmung aufheizten, um ein größtmögliches Spektakel mit Außenwirkung zu erzielen. »Die Charta sitzt einem unter rechten Wutbürgern häufig zu beobachtenden Missverständnis auf: Sie äußern ihre Meinung – und empören sich dann darüber, dass andere Menschen etwas dagegen sagen«, kontert die *tageszeitung* und fügt hinzu: »Nun ist aber in einer liberalen Gesellschaft nur die freie Äußerung der eigenen Meinung garantiert, nicht aber, auch noch allgemeinen Applaus für sie zu bekommen.«

Der Politikwissenschaftler Fabian Jellonnek war bei den Tumulten um die rechten Verlage dabei, er hat beobachtet und fotografiert und als Autor des Fachportals »blick nach rechts« über die Eskalation berichtet. »Als die Organisatoren der Frankfurter Buchmesse der *Jungen Freiheit*, dem Verlag Antaios, der Zeitschrift *Sezession* und Weiteren den Zugang gewährten, hätten sie auch auf deren Anhänger-Netzwerk vorbereitet sein müssen«, warnt Jellonnek und weist darauf hin, dass zum Zeitpunkt der Tumulte auch bekannte Neonazis in der Nähe waren: so zum Beispiel einer der umtriebigsten Nachwuchs-NPDler und Aktivist des »Antikapitalistischen Kollektivs« (AKK) Maximilian Reich sowie der Betreiber der Neonazi-Kleidungs-Marke »Ansgar Aryan«, Patrick Schröder. (Über Schröder, den Veranstalter eines der größten Rechtsrock-Events im thüringischen Themar, wird in diesem Buch ausführlich berichtet.)

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie die Amadeu Antonio Stiftung zählen gemeinsam mit Journalisten 192 durch Rechte getötete Menschen seit 1990. Terrorforscher Daniel Köhler, Direktor des »German Institute on Radicalization and Deradicalization Studies« (GIRDS) im kanadischen Calgary,

hat seit 1963 92 rechtsterroristische Gruppen und Einzelpersonen in Deutschland gezählt. Eine mehr als erschreckende Bilanz. Das Phänomen »Einsamer-Wolf-Terrorist« ist auf dramatische Weise virulent, betont der Bonner Politikwissenschaftler Dr. Florian Hartleb in einem Artikel für die Gewerkschaft der Polizei. Die Bezeichnung »Lone-Wolf-Terrorism« wurde von US-Behörden eingeführt und popularisiert, erklärt er. Der Begriff geht zurück auf den militanten weißen Rassist Alex Curtis, der Ende der 1990er-Jahre Gleichgesinnten empfahl, ganz auf sich gestellt Anschläge zu begehen. Diese Täter seien keine Rudelführer, eher Underdogs, die unauffällig inmitten der Gesellschaft leben, bevor sie plötzlich zuschlagen. Der Einsame-Wolf-Terrorismus stehe »in begrifflicher Verwandtschaft« mit dem Konzept des führerlosen Widerstands (Leaderless Resistance), bei dem die Anschlagplanung durch kleine, unabhängig voneinander agierende Zellen durchgeführt wird.

Hartleb nennt als dramatischstes Beispiel für die Einsame-Wolf-Theorie den Rechtsterroristen Anders Behring Breivik aus Norwegen. Der 32-Jährige tötete am 22. Juli 2011 zunächst mit einer Autobombe im Regierungsviertel von Oslo acht Menschen und richtete wenige Stunden später, als Polizist verkleidet, auf der kleinen Insel Utøya ein Massaker unter rund 500 sozial und politisch engagierten Menschen an. 69 wurden getötet, 33 verletzt. Hartleb betont, den »starken politischen Hintergrund« dieses Terrorismus, die Tat könne daher nicht als Amoklauf abgetan werden. Breivik genießt Vorbildcharakter in Teilen der neonazistischen Szene, dabei passt der Norweger nicht in das klassische Schema. Er ist kein Antisemit, sieht in Hitler einen »schlimmen Massenmörder«, hegt überhaupt eine Ablehnung des Nationalsozialismus. Dafür teilt er die Feindbilder von Rechtsextremisten: Multikulturalismus und Islamismus.

Amoklauf oder Rechtsterror? Bei rechten Tätern scheinen die behördlichen Einschätzungen eher zum Amoklauf als zum Ter-

rorakt zu tendieren. So auch im Fall von David Ali Sonboly. Der 18-jährige Deutsch-Iraner erschoss am 22. Juli 2016, dem Jahrestag des norwegischen Massakers, Armela Segashi, Can Leyla, Chousein Daitzik, Dijamant Zabergja, Guiliano Josef Kollmann, Janos Roberto Rafael, Sabine Sulaj, Selcuk Kilic und Sevdag im Olympia-Einkaufszentrum in München. Offiziell galten diese Morde zunächst als nichtpolitischer Amoklauf, der Täter als psychisch labiler Rächer. Die Staatsanwaltschaft München, das Landeskriminalamt und die Staatsregierung vertraten die Auffassung, der Schüler habe nach Mobbingattacken aus »privaten beziehungsweise psychopathischen Gründen« gehandelt. Der Fall wurde zu den Akten gelegt.

Im Oktober 2017 aber kommen drei von der Fachstelle für Demokratie der bayerischen Landeshauptstadt beauftragte Gutachter unabhängig voneinander zu einem anderen Ergebnis. Die Sozialwissenschaftler Dr. Matthias Quent, Prof. Dr. Christoph Kopke und der Politikwissenschaftler Dr. Florian Hartleb stufen die neun Morde als politisch motivierte Kriminalität ein und fordern dazu auf, die von Sonboly Getöteten als Opfer rechter Gewalt anzuerkennen. Denn alle Opfer hatten einen Migrationshintergrund. Sonboly hatte ein festes extrem rechtes Weltbild und sei stolz darauf gewesen, ein »Arier« zu sein. Sein Hass fokussierte sich auf Türken, Albaner und Bosnier.

Die Gutachter kritisieren auch die polizeiliche Fixierung auf Mobbing als Auslöser der Tat. Sie betonen, dass David Sonboly nach dem Wechsel an eine neue Schule sogar Klassensprecher wurde. Das Geschehen könne »als Akt eines allein handelnden Terroristen« bezeichnet werden, heißt es im Gutachten des Direktors des Jenaer Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, Matthias Quent. Sein Kollege Hartleb bezeichnet Sonboly als Rechtsterroristen der Kategorie »Einsamer Wolf«. Aus der Sicht von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann kann Sonboly kein Rechtsterrorist sein, weil bei ihm kein Parteaus-

weis gefunden wurde, er niemals einer extrem rechten Organisation angehört habe. Hartleb kontert in seiner Studie, dass es bei islamistischen Einzeltätern für eine Einstufung als »Terrorist« hingegen schon genüge, »wenn der Gewalttäter ein IS-Symbol im Zimmer oder auf dem Rucksack hat«. Nach Ansicht des Experten gehe die Argumentation, man müsse bei rechtsterroristischen Verbrechen eine Partei- oder Kameradschaftszugehörigkeit nachweisen, »von dem stark antiquierten Verständnis aus«, im virtuell geprägten Zeitalter sei ein »Einsamer-Wolf-Terrorismus« nicht mehr zeitgemäß.

Auch der Lieferant der Tatwaffe von München, Philipp K. aus Hessen, bot Waffen im Darknet an, grüßte mit Heil Hitler und sprach von »Niggeraffen« und »Türkenratten«. Während des noch laufenden Prozesses gegen den 32-Jährigen vor dem Landgericht München werden die in einem geschlossenen Waffenforum geführten Chatverläufe ausgewertet. Die Staatsanwaltschaft wirft Philipp K. fahrlässige Tötung in neun Fällen und illegalen Waffenhandel vor. K. gibt zu, dem Schüler die Glock 17 samt Munition für fast 4500 Euro verkauft zu haben. Die beiden trafen sich zweimal in Marburg. Der Austausch in dem Waffenchat des Darknet war rege, auch ein Fahnder des Zollkriminalamtes in Frankfurt mischte sich darunter. Bereits 2015 hatte er sogar Kontakt zum späteren Mordschützen. Bei der Aufklärung des Falls bleibt die wichtige Frage, ob es weitere Mitwisser gab. Zeugen behaupten das. Der Beschuldigte Philipp K. leugnet, Täterwissen zu haben. Die Familien der Opfer und deren Anwälte glauben ihm nicht.

Im Mai 2017 erhob die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Anklage gegen John Ausonius wegen Mordes. Der Schwede mit deutsch-schweizerischen Wurzeln ist in seinem Heimatland als »Lasermann« bekannt geworden, da er ein Gewehr mit Laserzielvorrichtung benutzte. Seine Opfer waren Einwande-

rer, acht überlebten die Schüsse schwerverletzt, der iranische Student Jimmy Ranjbar aber wurde von Ausonius aus nächster Nähe getötet. 1994 verurteilte ein schwedisches Gericht den Rassisten zu lebenslanger Haft, 2016 wurde er ausgeliefert. Ausonius, dessen Mutter aus Deutschland stammt, wird zudem vorgeworfen, 1992 in Frankfurt am Main die 68-jährige Jüdin Blanka Zmigrod mit einem Kopfschuss getötet zu haben. In einem Interview sagte er 2015, seine Taten würden Flüchtlinge »abschrecken und so dazu beitragen, dass weniger von ihnen nach Schweden kommen«. Den Mord an der Frankfurterin Zmigrod 1992 streitet John Ausonius ab, zu den anderen Taten bekannte er sich erst im Jahr 2000. Im selben Jahr erkor der britische Ableger des internationalen Neonazi-Netzwerks »Blood & Honour« den »Lasermann« in seinem Field Manual (Feldhandbuch) als Vorbild für das Modell des »führerlosen Widerstands«.

Nach über vier Jahren geht der Terrorprozess gegen den NSU vor dem Landgericht in München allmählich zu Ende. Die Plädoyers der Generalbundesanwaltschaft wurden gehalten. Im November 2017 sind die Nebenklage-Vertreter an der Reihe, auch Angehörige der Opfer werden sich äußern. Die Generalbundesanwaltschaft fordert für die Hauptangeklagte Beate Zschäpe lebenslange Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung. Ihre vier Mitangeklagten sollen viele Jahre ins Gefängnis. Das harte Vorgehen der Anklagebehörde aus Karlsruhe kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Fragen im NSU-Komplex unbeantwortet geblieben sind. Die meisten Angehörigen der zehn vom NSU Ermordeten glauben nach wie vor nicht an eine zufällige Auswahl ihrer Familienmitglieder als Opfer. Nach aktuellem Stand sollen sich über 40 V-Leute im Umfeld des 1998 abgetauchten Kern-Trios des NSU aufgehalten haben. Doch was sie wirklich wussten, und vor allem, wel-

che Informationen sie genau an die Behörden weitergegeben haben, wird nicht offengelegt. Trotz gegenteiliger Erkenntnisse sprachen die obersten Ankläger deutsche Behörden von jeder Verantwortung am NSU-Terror frei. Das ist ein Fehler, durch den der Prozess für viele an Glaubwürdigkeit verliert. »Die Bundesanwaltschaft hat im NSU-Verfahren Staatsschutz im umfassenden Sinne betrieben – also auch Schutz vor einer zu weit gehenden Aufklärung und einer damit sicherlich einhergehenden Beschädigung des Verfassungsschutzes«, fasst Nebenklage-Vertreter Stephan Kuhn die Kritik gegenüber Spiegel Online zusammen.

Das »Jahrbuch rechte Gewalt« will denen Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen, die in Angst leben in diesem Land. Opfer rechter Gewalt sollten nicht abgeschoben werden, es gibt eine gesellschaftliche Verantwortung, der es sich zu stellen gilt. Der Dialog mit den Opfern, nicht mit den Tätern, ist vorrangig und macht die Qualität einer Gesellschaft aus, in der alle sich wohlfühlen. Für die Aufklärung gewaltbereiter Strukturen ist investigative journalistische Recherche notwendig. Das stört die Rechten. Lautstark fordern sie die Fairness ein, die sie anderen nicht gewähren. Wichtiger als ihr Gezeter ist aber die Frage: Was verschweigen sie?

*Andrea Röpke*

»Das Privileg, mit Rechten zu reden,  
haben ohnehin nur noch die Lebenden.«  
*Oliver Preuss, Sozialpädagoge*

## Zur Jahreschronik – Entstehung und Auswahlkriterien

Der Zeitraum der Chronik schließt an das 2107 erschienene »Jahrbuch« an, sie umfasst Taten zwischen dem 1. Oktober 2016 und dem 30. September 2017. Die Jahreschronik rechter Gewalttaten erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Da es in Deutschland immer noch kein einheitliches Monitoring rechter Gewalt gibt, haben wir, wie im letzten Buch, gezielt mit Opferberatungsstellen und zivilgesellschaftlichen Institutionen zusammengearbeitet und uns nicht allein auf die Angaben der Verfassungsschutz- und Polizeibehörden verlassen. Bundes- und Landeskriminalämter liefern in ihren Veröffentlichungen nur Statistiken, keine Fallbeschreibungen. Auch in den Beantwortungen parlamentarischer Anfragen zur rechten Gewalt werden vorrangig nur Zahlen widergespiegelt, nicht die genauen Vorfälle. Opferberatungsstellen und zivilgesellschaftliche Institutionen liefern hingegen kurze Tatbeschreibungen zu den Fällen, und auf Nachfrage auch Begründungen für die Aufnahme in ihre Dokumentationen.

In einigen Bundesländern gibt es akribische Sammlungen von engagierten Personen. In anderen Regionen, wo es keine zivilgesellschaftliche Opferhilfe gibt, die rechte Gewalt dokumentiert, entstehen Lücken. So sammelt in Nordrhein-Westfalen nur die Opferberatung Rheinland Fälle rechter Gewalt in einer öffentlichen Chronik, auch für Hamburg gibt es keine öffentliche Chronik und in Niedersachsen gibt es erst seit Mai 2017 eine Beratungsstelle. Deshalb fordert der »Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.« im Jahr 2017: »Ein belastbares bundesweites Monitoring ist unabdingbar, um dem Problem die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen, die Betroffenen in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und um ihnen eine Stimme zu verleihen.«

Erfahrungsgemäß zeigen zivilgesellschaftlich organisierte Stellen genau die Sensibilisierung und Sorgfaltspflicht im Umgang mit Opfern rechter Aggression, an der es bei Polizeidienststellen oftmals mangelt. Rechts motivierte Gewalttaten werden oft genug nicht als solche anerkannt. Polizeibeamte stellen zum Beispiel die Aussage von Tätern, nicht aus rassistischen Gründen gehandelt zu haben, wenig infrage und neigen dazu, ihren politischen Hintergrund nicht auszuleuchten. Institutioneller Rassismus ist auch bei der Polizei, beim Verfassungsschutz und in der Justiz anzutreffen.

Der Rechtsruck der deutschen Gesellschaft lässt uns befürchten, dass sich die gesamte Problematik rechte Gewalt nicht verbessern, sondern eher verschlechtern wird. Die Dunkelziffer derjenigen, die Angriffe aus Angst nicht geltend machen möchten, könnte steigen. Der Einfluss von AfD-Politikern in Ausschüssen oder bei Haushaltsdebatten wird die Arbeit zivilgesellschaftlicher Institutionen und Opferberatungsstellen mit Sicherheit erschweren. Auch offene Kritik aus den Reihen von Präventions- und Beratungsstellen wird es womöglich weniger geben, da viele durch die finanzielle Abhängigkeit um ihre Existenz fürchten müssen.

Tatsächlich zeigt sich vorläufig, dass die sehr hohen Zahlen rechter Gewalttaten aus dem Jahr 2016 eher rückläufig sind. Da es jedoch kein einheitliches bundesweites Monitoring gibt, viele Fälle nachgemeldet werden und wir eben auch Lücken in vielen Regionen haben, bleibt diese Aussage unter Vorbehalt. Ein Grund für die sinkenden Fallzahlen könnte der Rückgang von rassistischen Demonstrationen und Veranstaltungen sein, in deren Umfeld 2016 zahlreiche Angriffe stattfanden. Zudem kam es in der jüngsten Vergangenheit oft im Vorfeld der Eröffnung von Flüchtlingsunterkünften zu Brandanschlägen oder Übergriffen auf ehrenamtliche Helfer. Mit der rückläufigen Zahl ankommender Geflüchteter nehmen auch diese Vorfälle

ab. Opferberatungsstellen geben zudem an, dass die mediale Aufmerksamkeit für das Thema rechte Gewalt, das im Jahr 2016 zeitweise ganz oben auf der Agenda stand, nicht mehr vorhanden ist. Eine Folge könnte sein, dass nicht mehr so genau hingeschaut wird. Auffällig ist der weiterhin hohe Anteil von rassistisch motivierten Angriffen. Rassismus ist ein allgemeingesellschaftliches Problem. Viele Angriffe finden unter Jugendlichen statt, das ist auffällig.

Rund 20 Prozent der Bevölkerung hegen Vorurteile und Resentiments gegen Migranten, Juden, Homosexuelle, Muslime, Punks oder Obdachlose. Solange rassistische Einstellungen weit verbreitet sind und es einen Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Entwicklung von Vorurteilen gegenüber Minderheiten gibt, bleibt die Gefahr eines erneuten Anstiegs der Gewalt. Die AfD setzt nach der »Flüchtlingswelle« auf das Thema Anti-Islam, diese Fokussierung – sowie weitere islamistische Anschläge hierzulande – könnte zu einer Eskalation gegen Muslime führen.

Bedingt durch den Redaktionsschluss Anfang November 2017 entstehen im letzten Dokumentationsquartal Lücken, wir hoffen dennoch einen wichtigen Eindruck der Vorfälle vermitteln zu können.

Folgende Kriterien waren bei der Erstellung der Chronik entscheidend: Körperverletzungen, herausragende Bedrohungsfälle (wie Übergriffe gegen Kinder oder das Eindringen in geschlossene Räume), Steinwürfe auf Menschen oder bewohnte Gebäude, bei denen Menschen hätten verletzt werden können, versuchte Brandanschläge auf bewohnte oder unbewohnte Gebäude, Übergriffe auf Journalisten, die über das normale Maß an Einschüchterungsversuchen hinausgehen sowie außergewöhnliche Verdachtsfälle wie die Schüsse auf die Wohnung einer türkischen Familie in Moers. Nicht aufgeführt werden konnten die Verwüstung von Friedhöfen oder Gedenkstätten,

das Zeigen von Nazi-Symbolen und verbotenen Gruppen, Anschläge mit Buttersäure oder absichtliche Beschädigungen von Gebäuden sowie verbale Bedrohungen. Diese Vorfälle sind keine harmlosen Handlungen, ihre Dokumentation würde jedoch den Rahmen dieses Buches übersteigen.

Über gut gemeinte Verbesserungsvorschläge, Kritik oder Korrekturen freuen wir uns.

*Sebastian Heidelberger*

**In der Jahreschronik werden folgende Abkürzungen der Bundesländer verwendet:**

- BB Brandenburg
- BE Berlin
- BW Baden-Württemberg
- BY Bayern
- HB Bremen
- HE Hessen
- HH Hamburg
- MV Mecklenburg-Vorpommern
- NI Niedersachsen
- NW Nordrhein-Westfalen
- RP Rheinland-Pfalz
- SH Schleswig-Holstein
- SL Saarland
- SN Sachsen
- ST Sachsen-Anhalt
- TH Thüringen



## ***Chronik Oktober 2016***

**01.10. Jüterbog (BB)** Ein 21-Jähriger aus Jüterbog wirft zwei Molotow-Cocktails auf eine Unterkunft für minderjährige, unbegleitete Geflüchtete. Ein Mitarbeiter der Einrichtung bemerkt das Feuer und löscht den Brand. Die Bewohnerinnen und Bewohner bleiben unverletzt, stehen aber unter Schock. Den Sicherheitsbehörden ist der Täter als »Mitläufer in der rechtsextremen Szene« bekannt. Nach dessen Festnahme im November kommt dieser zunächst nicht in Untersuchungshaft. Erst im Februar 2017 entscheidet das Landgericht, dass er wegen versuchten Mordes sowie bestehender Fluchtgefahr ins Gefängnis muss.

**01.10. Dortmund (NW)** In einem Nachtexpress-Bus ruft eine Gruppe rassistische Parolen. Es kommt laut Polizei erst zu einer verbalen und dann zu einer körperlichen Auseinandersetzung mit einer Gruppe von »Menschen mit Migrationshintergrund«. Die Täter können unerkannt flüchten. Drei Zeugen erleiden leichte Verletzungen.

**01.10. Lensahn (SH)** Es kommt zu einer Körperverletzung gegen einen geflüchteten Menschen. Laut der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage ist dieser Vorfall eine politisch rechts motivierte Straftat.

**01.10. Burg (ST)** Drei etwa 14-jährige Jugendliche, bekleidet mit »Yakuza«-Klamotten, sprechen auf der Straße einen 18-jährigen Schüler auf seinen »Refugees Welcome«-Pullover an und besprühen ihn anschließend mit Reizgas.

**01.10. Waren (MV)** Am Rande einer rechten Demonstration posiert eine Gruppe Neonazis mit Schlagstöcken vor einem Sze-

netreffpunkt. Einer von ihnen will mit einem Baseballschläger bewaffnet auf Menschen losgehen, die gegen die rechte Versammlung protestieren. Er wird von der Polizei überwältigt, sein Schläger wird einbehalten.

**01.10. Hagenow (MV)** Zwei Männer beschimpfen zwei junge Syrer und greifen sie an. Später kommt ein dritter Angreifer hinzu. Die Opferberatungsstelle »Lobbi MV« bewertet diesen Vorfall als rassistisch motiviert. An den beiden darauffolgenden Tagen kommt es zu weiteren rassistischen Angriffen gegen die Betroffenen. Die Täter setzen dabei unter anderem Messer ein.

**02.10. Berlin-Friedrichshain (BE)** Ein 26-jähriger Mann beleidigt einen 28-Jährigen in der Nähe des Ostbahnhofs rassistisch und schlägt mit einer Flasche auf ihn ein. Das Opfer wird durch den Angriff verletzt.

**02.10. Berlin-Lichtenberg (BE)** Ein 41-jähriger Fahrgast beleidigt einen 34-jährigen Taxifahrer rassistisch und schlägt ihn.

**02.10. Remscheid (NW)** Ein Unbekannter schießt ein Projektil durch das Zelt Dach der DITIB-Gemeinde. Zwei Frauen werden dadurch leicht verletzt.

**02.10. Moers (NW)** Ein Unbekannter schießt mit einer Waffe auf das Fenster einer fünfköpfigen türkischen Familie. Monate zuvor war bereits schon einmal scharf auf das Fenster geschossen worden. Die Polizei ermittelt wegen versuchter Tötung gegen unbekannt. Zwei Monate später wird erneut auf das Fenster der Familie geschossen. Der Familienvater kritisiert das Verhalten der Polizei mit den Worten: »Statt uns zu verdächtigen, sollte uns die Polizei schützen.« Die Mutter sagt gegenüber der Lokalpresse: »Wir haben einen Feind, aber wir wissen nicht, wer es ist.« Die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW« dokumentiert diesen Fall, da sie ein rassistisches Tatmotiv für möglich hält.

**02.10. Oschersleben (ST)** Eine Gruppe Vermummter greift am Bahnhof einen 16- und einen 23-jährigen Syrer an. Einer der

Betroffenen wird dabei leicht verletzt. Die beiden Syrer werfen ihre Fahrräder in Richtung der Angreifer und fliehen zum örtlichen Polizeikommissariat. Die Polizei ermittelt am Tatort einen 15-, einen 16- und einen 22-Jährigen, die behaupten, die »Ausländer« hätten unvermittelt mit Fahrrädern nach ihnen geworfen. Die Opferberatungsstelle »Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt« bewertet diesen Vorfall als rechte Tat.

**02.10. Neubrandenburg (MV)** Ein Unbekannter legt Feuer an der Tür einer siebenköpfigen syrischen Familie. Die Polizei rettet zwölf Menschen aus dem Haus. Laut polizeilicher Ermittlungen ist ein »fremdenfeindlicher Hintergrund« der Tat sehr wahrscheinlich. Die Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl werten diesen Vorfall als flüchtlingsfeindlich.

**03.10. Hamburg-Farmsen (HH)** Ein 20-jähriger Mann sucht den Streit mit drei jungen Geflüchteten vor einer Unterkunft. Er zückt ein Messer und sticht auf einen 18-jährigen Geflüchteten ein und verletzt einen weiteren, der eingreifen will. Der 18-jährige Betroffene muss notoperiert werden und kommt auf die Intensivstation. Eine Woche später kann die Polizei den Tatverdächtigen festnehmen. Die Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl werten diesen Vorfall als flüchtlingsfeindlich. Die Staatsanwaltschaft teilt mit, dass es in der Ermittlungsakte um ein mögliches fremdenfeindliches Motiv ging. Das Landgericht verurteilt den Täter wegen versuchten Totschlags und zweifacher gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von drei Jahren und sechs Monaten. Das Gericht trifft im Urteil keinerlei Feststellungen zu einem fremdenfeindlichen Motiv. In der Begründung heißt es, dass der Angeklagte aus »nicht näher bekannten Gründen eine körperliche Auseinandersetzung mit den ihm unbekanntenen männlichen Zeugen suchte«. Weder im sozialen Umfeld des Angeklagten noch in der Wohnung seien Anhaltspunkte für dessen »Ausländerfeindlichkeit« gefunden worden.

**03.10. Rostock (MV)** Ein Unbekannter beleidigt eine Frau rassistisch und greift sie an. Er tritt ihr gegen die Hüfte und verletzt sie.

**04.10. Burg (ST)** Eine Gruppe älterer Kinder beleidigt ein sieben-, ein zehn- und ein zwölfjähriges Kind rassistisch auf einem Spielplatz. Sie fordern sie dazu auf, Deutschland zu verlassen. Einer aus der Angreifer-Gruppe wirft einen faustgroßen Stein in das Gesicht der Zwölfjährigen. Die attackierten Kinder versuchen zu fliehen. Dabei wird der Siebenjährige vom Fahrrad geschubst und schlägt mit dem Kopf auf einem Metallzaun auf. Einer der Angreifer tritt ihm in den Bauch. Umstehende Erwachsene intervenieren nicht, sondern lachen mit den Angreifern mit. Ein Mann gibt ihnen zudem Tipps für Falschbeschuldigungen. Die Zwölfjährige muss mit Kopfschmerzen, Schwindel und Übelkeit stationär im Krankenhaus behandelt werden.

**04.10. Hamburg-Bahrenfeld (HH)** Ein unbekannter Mann bedroht einen Menschen mit einem Messer. Die Polizei geht von einer politisch rechts motivierten Tat aus.

**05.10. Berlin-Wedding (BE)** Ein Unbekannter beleidigt einen 35-jährigen Geflüchteten rassistisch und schlägt ihn.

**06.10. Berlin-Neukölln (BE)** Am S-Bahnhof Hermannstraße beleidigt ein unbekannter Mann einen 17-jährigen Geflüchteten rassistisch und schlägt ihn.

**06.10. Sebnitz (SN)** An einer Bushaltestelle greifen mehrere Jugendliche drei Kinder aus Syrien im Alter zwischen fünf und elf Jahren an. Sie schlagen ihre Opfer und bedrohen sie mit einem Messer. Während und nach der Tat rufen sie rechte Parolen.

**06.10. Merseburg (ST)** Am Abend klingeln zwei Männer an der Wohnungstür eines 44-jährigen Liberianers. Als dieser öffnet, schlagen sie mit einem Teleskopschlagstock und einem Schlagring zu, und dringen in die Wohnung ein. Die 47-jährige Lebensgefährtin, die zu Hilfe kommt, wird ebenfalls geschlagen.

Auch der fünfjährige Enkel wird verletzt. Dann verlassen die Angreifer die Wohnung. Während die Polizei vor Ort Zeugen befragt, kehren die zwei alkoholisierten Täter zurück. Ein 63-Jähriger und ein 47-Jähriger, die sich den Beamten gegenüber rassistisch äußern, werden festgenommen. Der Betroffene muss ambulant, die Frau und das Kind stationär im Krankenhaus behandelt werden. Bei einer polizeilichen Vernehmung gibt der 63-Jährige an, er habe den »Afrikaner« wegen zu lauter Musik zur Rede stellen wollen.

**07.10. Berlin-Neukölln (BE)** Eine Personengruppe beleidigt einen 27-jährigen Mann auf der Sonnenallee rassistisch. Das Opfer wird geschlagen, getreten und verletzt.

**07.10. Bautzen (SN)** Bei einer rechten Demonstration schlägt ein Teilnehmer einem Journalisten dessen Kamera ins Gesicht. Nach der Demonstration versuchen rund 30 Teilnehmer durch eine Polizeiabsperrung zu brechen und auf gegen sie protestierende Menschen loszugehen. Die Polizei kann die Rechten stoppen.

**08.10. Berlin-Steglitz (BE)** Ein unbekannter Mann schlägt einer Frau in den Bauch. Die Motivation für seine Tat soll laut der Opferberatungsstelle »ReachOut« eine rassistische Kampagne in den sozialen Medien gewesen sein.

**08.10. Sankt Augustin (NW)** Es kommt zu einer gefährlichen Körperverletzung gegen einen Geflüchteten. Laut der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage ist dieser Vorfall eine politisch rechts motivierte Straftat.

**08.10. Magdeburg (ST)** Nach einer Neonazi-Demonstration in Roßlau greift ein verummter Teilnehmer am Bahnhof einen Passanten an. Er versetzt ihm einen heftigen Kopfstoß. Polizisten greifen ein, setzen Reizgas ein und können einen 32-jährigen Tatverdächtigen festnehmen.

**09.10. Bochum (NW)** Ein unbekannter Mann setzt Reizgas gegen drei Kinder im Alter von zwei, zehn und elf Jahren ein, die in

einer Unterkunft für Geflüchtete wohnen. Zuvor soll es Streit zwischen ihnen und dem Mann gegeben haben. Der Mann habe sich vermutlich durch das Lachen der Kinder »proviziert gefühlt«. Die Kinder werden durch den Angriff leicht verletzt. Die »Opferberatung Rheinland« bewertet diesen Vorfall als rechte Tat.

**09.10. Halle (ST)** Eine vierköpfige Gruppe ruft rassistische Parolen und bewirft mehrere Männer mit dunkler Hautfarbe mit Flaschen. Die Betroffenen werfen mit Flaschen zurück. Zeugen alarmieren die Polizei. Als diese eintrifft, kann sie nur noch einen Mann ermitteln, der jede Beteiligung abstreitet.

**09.10. Halle (ST)** Zwei Unbekannte pöbeln zwei Syrer im Alter von 21 und 26 Jahren auf dem Marktplatz an. Sie fragen, ob sie »Deutsch sprechen«, und werfen mit Glasflaschen. Es kommen weitere Männer hinzu, die die beiden Syrer umzingeln und schlagen. Die Betroffenen müssen im Krankenhaus behandelt werden. Der Staatsschutz ermittelt.

**10.10. Klingberg (SH)** Ein Haus, das als Unterkunft für geflüchtete Menschen dienen soll, wird in Brand gesteckt. In der Vergangenheit war es bereits als Unterkunft für Asylsuchende genutzt worden. Die Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl werten diesen Vorfall als flüchtlingsfeindlich.

**11.10. Jeersdorf (NI)** Ein Unbekannter wirft einen Stein durch die Scheibe einer Geflüchtetenunterkunft. Die Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl werten diesen Vorfall als flüchtlingsfeindlich.

**12.10. Berlin-Kreuzberg (BE)** Kurz nach Mitternacht beleidigen zwei Insassen eines Transporters einen neben ihnen Fahrrad fahrenden 31-jährigen Mann rassistisch. Sie bespucken ihn. Kurz darauf schlagen sie ihn nieder und treten, auch als dieser bereits am Boden liegt, auf ihn ein. Das Opfer wird verletzt.

**12.10. Berlin-Friedrichshain (BE)** Ein 26-jähriger Mann reißt einen 27-Jährigen von seinem Fahrrad, verletzt ihn und zeigt den Hitlergruß.

**13.10. Berlin-Pankow (BE)** Ein unbekannter Mann schlägt eine 26-jährige Frau aus rassistischer Motivation und drückt sie gegen eine Wand. Als Zeugen eingreifen, flüchtet er.

**13.10. Traunstein (BY)** Zwei junge Männer attackieren zwei jugendliche Geflüchtete in einem Bus. Einer der Angreifer zeigt ein tätowiertes Hakenkreuz auf seinem rechten Oberarm. Ein 16-jähriger Zeuge versucht die Anfeindungen zu unterbinden und wird daraufhin ebenfalls angegriffen. Als der Busfahrer die beiden Männer dazu auffordert, dies zu unterlassen, schlagen die Angreifer beim Aussteigen dem 16-Jährigen mit der Faust gegen den Kiefer.

**13.10. Hamburg-St. Pauli (HH)** Ein unbekannter Mann schlägt eine Person, zeigt den Hitlergruß und ruft »Heil Hitler«.

**13.10. Rostock (MV)** Eine angetrunkene Person beschimpft an einer Bushaltestelle eine junge Frau und einen jungen Mann, weil sie sich auf Arabisch unterhalten. Der Betrunkene bedroht die Frau. Als sich ihr Begleiter schützend vor sie stellt, schlägt der Angreifer ihm ins Gesicht. Die zuständige Staatsanwaltschaft stellt die Ermittlungen ein, da kein öffentliches Interesse bestehe.

**14.10. Berlin-Marzahn (BE)** Drei Kontrolleure halten vier Jugendliche auf einem S-Bahnhof an. Einer der Kontrolleure beleidigt zwei Jugendliche rassistisch und droht ihnen. Ein Jugendlicher wird an seiner Kleidung gezogen und gestoßen. Ein Zeuge, der eingreifen will, wird bedroht.

**14.10. Berlin-Wedding (BE)** Ein 28-jähriger Mann beleidigt einen 32-Jährigen rassistisch und stößt ihn.

**15.10. Leck (SH)** Die Polizei ermittelt wegen eines schweren Raubüberfalls auf einen geflüchteten Menschen. Laut der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage ist dieser Vorfall eine politisch rechts motivierte Straftat.

**15.10. Oschersleben (ST)** Ein Jugendlicher beleidigt am Busbahnhof drei Menschen mit dunkler Hautfarbe rassistisch. Dann

schlägt er einem von ihnen mit einer Glasflasche gegen den Kopf. Die Polizei kann vor Ort einen alkoholisierten Tatverdächtigen ermitteln.

**15.10. Quedlinburg (ST)** Eine Gruppe Jugendlicher pöbelt zwei minderjährige Geflüchtete am Bahnhof rassistisch an. Es kommen weitere Personen hinzu. Ein Erwachsener schlägt einem 15-jährigen Geflüchteten unvermittelt ins Gesicht und tritt ihn. Sein 17-jähriger Freund, der ihm zu Hilfe kommen will, wird zu Boden geschubst, geschlagen, getreten und mit einem Messer bedroht. Die Betroffenen können fliehen.

**15.10. Sottrum (NI)** Es kommt zu einer Körperverletzung gegen einen geflüchteten Menschen. Laut der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage ist dieser Vorfall eine politisch rechts motivierte Straftat.

**15.10. Wismar (MV)** Mehrere Personen werfen Steine auf eine Unterkunft für Wohnungslose, in der auch Geflüchtete untergebracht sind. Sie beschädigen unter anderem die Fensterscheibe eines Zimmers, in dem sich zwei Menschen aufhalten. Niemand wird durch den Angriff verletzt.

**16.10. Berlin-Hellersdorf (BE)** Neonazis bedrohen zwei Besucher eines von Geflüchteten betriebenen Lokals und werfen mit einer Bierflasche nach ihnen.

**16.10. Berlin-Marzahn (BE)** Ein 45-jähriger Mann beleidigt eine unbekannte Frau rassistisch. Drei Männer, die der Frau helfen wollen, werden von dem Täter geschlagen.

**16.10. Cottbus (BB)** Drei Syrer gehen während einer Feier in einer Diskothek vor die Tür. Als sie das Gebäude wieder betreten wollen, hindert sie ein Mann daran. Er sagt, dass sie aus Syrien kämen und dorthin zurückgehen sollten. Dann schlägt er einem der drei mit der Faust ins Gesicht und tritt ihm mit dem Knie in den Unterleib. Auch als der Betroffene bereits am Boden liegt, tritt er auf ihn ein. Die beiden anderen Männer können fliehen.

**16.10. Stuttgart (BW)** Ein 26-jähriger Mann beleidigt in der Nacht einen 19-jährigen Geflüchteten rassistisch in der Innenstadt. Er schlägt ihn grundlos und verletzt ihn dadurch.

**16.10. Nürnberg (BY)** Im Anschluss an eine Neonazi-Kundgebung greifen fünf Teilnehmer einen Gegendemonstranten am Hauptbahnhof mit einer Glasflasche an. Das Opfer wird verletzt.

**16.10. Alsfeld (HE)** Sieben junge Männer dringen in der Nacht in eine Unterkunft für geflüchtete Menschen ein. Sie randalieren und verletzen einen Bewohner leicht. Dieser Vorfall wird von der Opferberatungsstelle »Response Hessen« als rechte Tat bewertet.

**16.10. Schloss Holte-Stukenbrock (NW)** In der Nacht beleidigen zwei unbekannte Männer einen Geflüchteten auf einem öffentlichen Fest rassistisch. Dann gehen sie auf ihn zu und sprühen ihm eine unbekannte Flüssigkeit in die Augen.

**16.10. Weißenfels (ST)** In einer Diskothek beleidigen fünf Personen einen 40-jährigen Mann rassistisch. Vor dem Gebäude schlagen sie ihm dann mit den Fäusten ins Gesicht. Einem 38-jährigen Mann, der intervenieren will, schlägt ein Angreifer eine Flasche an den Kopf.

**18.10. Berlin-Tiergarten (BE)** Ein 44-jähriger Mann beleidigt einen 49-Jährigen rassistisch und stößt ihn.

**18.10. Burg (ST)** Ein Jugendlicher schießt mit einer Softair-Pistole aus dem Fenster auf ein Mehrfamilienhaus und trifft eine 47-jährige Syrerin. Die Polizei geht von einer politisch rechts motivierten Tat aus.

**18.10. Hamburg-Hamm (HH)** Ein unbekannter Mann tritt einem Menschen in den Bauch, bewirft ihn mit einer Bierflasche und äußert sich »fremdenfeindlich«. Die Polizei geht von einer politisch rechts motivierten Tat aus.

**18.10. Barsinghausen (NI)** Die Polizei ermittelt wegen einer Sprengstoffexplosion an einer Geflüchtetenunterkunft. Laut der

Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage ist dieser Vorfall eine politisch rechts motivierte Straftat.

**19.10. Stadtallendorf (HE)** Ein unbekannter Mann beleidigt eine 23-jährige Frau rassistisch in der Bahn. Beim Aussteigen bedroht er sie mit einem Messer und kündigt an, sie zu finden und zu töten.

**19.10. Rostock (MV)** Ein Jugendlicher beschimpft an der Schule einen jüngeren Geflüchteten. Nach der Schule greifen mehrere Jugendliche den Jungen an einer Haltestelle an und beleidigen ihn rassistisch. Sie brechen ihm einen Finger.

**20.10. Ennepetal (NW)** Ein 79-Jähriger beschimpft zwei jugendliche Geflüchtete rassistisch. Er versucht gezielt mit einem Springmesser in das Gesicht des einen zu stechen. Der 17-Jährige kann dieser Attacke ausweichen.

**20.10. Naunhof (SN)** Eine unbekannte Person beleidigt auf dem Parkplatz eines Supermarktes eine Gruppe alternativ aussehender Jugendlicher rassistisch und schlägt einem von ihnen ins Gesicht.

**20.10. Erfurt (TH)** Rechte Jugendliche verteilen bei einer Kinderfreizeit Neonazi-Informationsmaterial. Sie bedrohen syrische und kurdische Kinder rassistisch und werden handgreiflich. Ein Kind wird dabei verletzt.

**21.10. Rheine (NW)** Ein Unbekannter schießt in der Nacht drei Löcher in die Scheibe einer Geflüchtetenunterkunft.

**21.10. Dresden (SN)** Mehrere Männer attackieren in der S-Bahn einen Mann aus Marokko und verletzen ihn. Mitreisende greifen ein und können den Übergriff stoppen.

**21.10. Halle (ST)** Zwei Unbekannte pöbeln einen 23-Jährigen am Bahnsteig des Bahnhofs wegen seines alternativen Aussehens an. Sie beschimpfen ihn sexistisch und homophob. Dann versperren sie ihm den Zutritt zum Zug und versuchen eine Zigarette auf seiner Stirn auszudrücken.

**22.10. Wesel (NW)** Unbekannte verüben einen Brandanschlag

auf eine Moschee. Der Brandsatz prallt von der Hausfassade ab und kann gelöscht werden. In der oberen Etage des Gebäudes wohnt der Imam der Gemeinde.

**22.10. Hamminkeln (NW)** Eine Gruppe Männer greift einen 27-jährigen Geflüchteten an. Sie schlagen ihn bewusstlos und verletzen ihn schwer. Es ist der dritte Angriff dieser Art innerhalb eines Jahres im Ort. Die »Opferberatung Rheinland« wertet diesen Vorfall als rechte Tat.

**22.10. Lünen (NW)** Unbekannte schießen Stahlkugeln durch die Fensterscheibe einer Geflüchtetenunterkunft. Zum Tatzeitpunkt befinden sich vier Bewohner im Raum.

**23.10. Berlin-Tempelhof (BE)** Ein 29-jähriger Mann beleidigt ein sechsjähriges Kind rassistisch und wirft eine Flasche nach ihm, sie verfehlt das Kind nur knapp.

**23.10. Berlin-Treptow (BE)** Mehrere Männer greifen aus rassistischer Motivation einen Bewohner einer Geflüchtetenunterkunft an. Sie schlagen ihn mit einer Glasflasche und verletzen ihn.

**23.10. Schwedt (Oder) (BB)** Ein Mann verfolgt eine Geflüchtete, die sich vom Bahnhof auf dem Weg nach Hause befindet, über eine Stunde lang. Die Frau kann den Verfolger nicht abschütteln. Dann beschimpft und bedroht der Mann sie, anschließend stößt er sie auf die Straße in den fließenden Verkehr.

**23.10. Dortmund (NW)** Zwei Rechtsradikale, eine Frau und ein Mann, blenden Zivilpolizisten in ihrem Auto mit einer Stroboskoplampe. Als die Beamten aussteigen, werden sie massiv beleidigt. Die Neonazis versuchen zu fliehen. Bei ihrer Festnahme leisten beide Widerstand und versuchen, die Beamten zu schlagen und zu treten.

**23.10. Lübeck (SH)** Fünf Rechtsradikale versuchen an einer Tankstelle einen Antifaschisten mit einem Messer anzugreifen. Sie treten gegen das Auto des Mannes und flüchten dann mit ihrem Pkw.

**23.10. Görlitz (SN)** Ein 31-jähriger Mann ruft rechte Parolen auf

der Straße. Er greift zwei junge Geflüchtete mit einem Schirm an und versucht einen Gullydeckel aus der Verankerung zu reißen. Einen Passanten, der ihn beruhigen will, greift er ebenfalls an und verletzt ihn leicht.

**24.10. Berlin-Treptow (BE)** Mehrere Männer greifen aus rassistischer Motivation einen Bewohner einer Geflüchtetenunterkunft an. Sie schlagen ihn mit einer Glasflasche und verletzen ihn. Dies ist der zweite Vorfall dieser Art innerhalb von zwei Tagen.

**24.10. Dresden (SN)** Drei aus Eritrea stammende junge Frauen und ein junger Mann aus Syrien steigen aus der Straßenbahn aus. Zwei Unbekannte folgen ihnen und rufen rechte Parolen. Sie bedrohen die vier und greifen sie an. Sie zerren eine Frau zu Boden und schlagen auf sie ein. Die drei anderen Betroffenen können fliehen. Der Staatsschutz ermittelt.

**25.10. Riesa (SN)** In der Regionalbahn greifen mehrere Männer einen Inder an. Sie zwingen ihn dazu, den Hitlergruß zu zeigen, beleidigen und schlagen ihn. Die Angreifer selbst zeigen ebenfalls den Hitlergruß.

**25.10. Döbeln (SN)** Ein 56-jähriger Mann zündet in einem Mehrfamilienhaus, in dem er selbst wohnt, den Kinderwagen einer syrischen Familie an. Der Täter bezeichnet sich als »Reichsbürger«. Elf Bewohner des Hauses, darunter ein Kleinkind, kommen mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung in ein Krankenhaus.

**25.10. Weimar (TH)** Eine 18-Jährige beschimpft drei Männer in einer Regionalbahn massiv rassistisch. Ein Mann, der die Frau zur Rede stellen will, wird von einem Begleiter dieser Frau mit einer Glasflasche beworfen. Gegen die Frau wird wegen Volksverhetzung und gegen ihre Begleiter wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

**26.10. Meißen (SN)** Am Nachmittag beschädigt ein 31-jähriger Mann Fahrräder in einem Hausflur. Die Räder gehören syrischen Nachbarn. Als diese ihn daraufhin ansprechen, holt der Mann ein Schwert aus seiner Wohnung und verletzt einen der

beiden Syrer an der Hand. Die alarmierte Polizei stellt das Dekorationsschwert mit einer 40 Zentimeter langen stumpfen Klinge sicher. Die Opferberatungsstelle »RAA Sachsen« bewertet diesen Vorfall als rechte Tat.

**27.10. Duisburg (NW)** Ein unbekannter Mann schubst eine Frau aus der Straßenbahn und tritt nach ihr. Vor diesem Angriff beschimpft der Täter die Frau rassistisch.

**27.10. Ueckermünde (MV)** Mehrere Personen beleidigen am Abend jugendliche Geflüchtete und provozieren sie. Wenige Minuten später schlagen zwei der Täter auf die Jugendlichen ein. Drei Betroffene klagen über Schmerzen am Kopf und am Oberkörper.

**28.10. Emmerting (BY)** Es kommt zu einer Körperverletzung gegen einen Geflüchteten. Laut der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage ist dieser Vorfall eine politisch rechts motivierte Straftat.

**29.10. Berlin-Kreuzberg (BE)** Ein unbekannter Mann schlägt in einem Lokal aus antisemitischer Motivation einen Mann, der sich in Begleitung seiner Frau befindet. Er verletzt das Opfer. Augenzeugen greifen nicht ein.

**29.10. Meiningen (TH)** Vier Männer und eine Frau im Alter von 27 bis 45 Jahren greifen in der Nacht einen 19-jährigen Geflüchteten an. Das Opfer wird verletzt.

**30.10. Kyritz (BB)** Ein betrunkenen Patient greift in einem Krankenhaus einen Arzt aus Venezuela an, weil er sich von ihm nicht behandeln lassen will. Der Arzt wird dadurch leicht verletzt. Das Krankenhauspersonal kann den Mann überwältigen und er kommt in Polizeigewahrsam.

**30.10. Cottbus (BB)** Am Rande einer Geburtstagsfeier in einem Jugendclub äußert sich ein junger Mann rassistisch und leugnet den Holocaust. Einem Gast, der ihm widerspricht und mit ihm diskutiert, versetzt er unvermittelt einen Kopfstoß. Der Betroffene wird dadurch im Gesicht verletzt.

**30.10. Anklam (MV)** In den Abendstunden beleidigt ein Mann einen Jugendlichen rassistisch. Kurz darauf tritt der Täter ihm in den Bauch und schlägt auf ihn ein. Der Jugendliche erleidet durch den Angriff leichte Verletzungen.

**31.10. Spremberg (BB)** Zwei Rechte greifen einen 22-jährigen Syrer aus rassistischer Motivation an.